

Die Mission der Linken

Vor 1933 fiel es nicht schwer, die politische „Linke“, „Mitte“ und „Rechte“ zu definieren. „Links“ standen Sozialdemokraten und Kommunisten, „freie“ und „christliche“ Gewerkschafter, in der „Mitte“ Zentrümmer und Volksparteiler, „rechts“ Deutschnationale und Nazis. Die ziemlich scharfe ideologische Abgrenzung der einen Gruppierung von der anderen konnte den Zusammenbruch des ersten deutschen Versuches einer Demokratie nicht verhindern, weil schon damals — allerdings unter den besonderen Umständen der Wirtschaftskrise — vielen Anhängern auch der „Linken“ das Wertbewußtsein zur Verteidigung des meist nach 1918 gewählten politischen Standortes verlorengegangen war. Die frevelhaften Praktiken, vor allem der Kommunisten in der letzten Phase vor der Machtergreifung Hitlers, taten ihr übriges, um die letzten Funken der Hoffnung für die Rettung der Weimarer Republik zunichte zu machen. Die „Rechte“ siegte. Die Anhänger der „Linken“, soweit man ihrer habhaft werden konnte, wurden eingesperrt, getötet oder verbannt.

1945 formierten sich, unter dem Schutz der jeweiligen Besatzungsmacht, wieder zum Zustand der Jahre vor 1933 adäquate politische Richtungen, mit der einen Ausnahme, daß die Richtungsgewerkschaften nicht wieder erstanden, obwohl zur Rechtfertigung der Richtungsgewerkschaften vor 1933 gesagt werden muß, daß in den meisten Fällen zwischen „Freien“ und „Christlichen“ seit 1924 gemeinsame Tarifpolitik betrieben wurde, Divergenzen also praktisch nur in Wahlkämpfen, meist um religiöse Probleme zum Ausdruck kamen. Eine Neugründung der Richtungsgewerkschaften wäre (das ist meine Meinung) auch nach 1945 kein nationales Unglück geworden, da die nüchterne Welt der Tatsachen, auf der sich die Gewerkschaftsarbeit im Prinzip aufbaut, keinen sehr weiten Raum für Kämpfe um das bessere ideologische Korsett gelassen hätte. Die Trennung hätte nur den einen Vorteil gehabt, daß die Neudefinierung der politischen Linken und ihre Sammlung in einer großen politischen Bewegung mit weniger Schwierigkeiten verbunden gewesen wäre, als es tatsächlich der Fall war.

Was war die Linke? Im wesentlichen eine Sammlung aller Kräfte, welche sich zu den Grundsätzen einer sozialen und weiter links einer sozialistischen Demokratie bekannten. Sozialistische Demokratie aber bedeutete selbst in der Mehrheits-Sozialdemokratie bis 1933 und in der Emigration: 1. Umgestaltung der Eigentumsverfassung im wesentlichen durch Vergesellschaftung des Eigentums an den Produktionsmitteln, vor allem der Grundstoffindustrie, 2. Umgestaltung der Arbeitsverfassung, 3. Umgestaltung der Wirtschaftsverfassung, 4. Kampf gegen Bildungsprivilegien, 5. Umgestaltung der Staatsordnung durch konsequente Durchführung der staatsbürgerlich-politischen Gleichheit.

1945 war alles anders

Rund 14 Jahre nach dem neuen Anfang des Jahres 1945 drängt sich die Frage auf, was die erneuerte „Linke“ von ihren Vorstellungen realisieren bzw. nicht realisieren konnte. Was viele deutsche Demokraten, welche vor Hitler „links“ standen, fest erhofften, daß es nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches eine gewaltige Volksbewegung geben würde, die nach dem Versagen aller „bürgerlichen“ Richtungen im Jahre 1933 zwangsläufig eine „linke“ oder „sozialistische“ Bewegung sein müsse, ging nicht in Erfüllung. Den vielfältigen Gründen nachzuspüren, warum diese Erneuerung nicht eintrat oder, besser gesagt, nicht eintreten durfte, ist eine dankbare Aufgabe der Forschung für gegenwärtige und künftige Historiker. Unbestreitbar aber ist, daß die Mehrheit aller Nazi-Gegner — von den Kommunisten bis zu den ehemaligen Deutschnationalen — den Wiederaufbau des zerstörten Deutschland nur mit Hilfe einer politisch-ökonomischen Struktur möglich machen wollten, die sich sehr stark an das sozialistische oder sozialdemokratische Modell anlehnen würde.

Werfen wir zur Unterstreichung des Gesagten nur einen Blick auf die ersten, nach der Kapitulation formulierten Partei- und Gewerkschaftsprogramme:

KPD: Herstellung der Selbstverwaltung, Neugründung der Gewerkschaften, Schutz der Werktätigen, Enteignung des Nazivermögens, Liquidierung des Großgrundbesitzes, Übergabe aller Betriebe, die lebenswichtigen öffentlichen Bedürfnissen dienen, in die Hände der Selbstverwaltungsorgane usw. Bezeichnend war, daß in diesem ersten Programmwurf der KPD von einer sozialistischen Erneuerung Deutschlands keine Rede war. Mittlerweile hat sich erwiesen, daß die sowjetische Besatzungsmacht auch für den ersten Programmwurf der KPD voll verantwortlich zeichnete ¹⁾.

SPD: Herstellung der Selbstverwaltung, Wiederaufbau der Wirtschaft unter Mitwirkung der kommunalen Selbstverwaltung und der Gewerkschaften, Erziehung der Jugend im demokratisch-sozialistischen Geist, Neuregelung des Arbeits- und Sozialrechts, Verstaatlichung der Banken, Versicherungsunternehmungen und der Bodenschätze, Verstaatlichung der Bergwerke und der Energiewirtschaft, Erfassung des Großgrundbesitzes und der lebensfähigen Großindustrie und aller Kriegsgewinne für Zwecke des Wiederaufbaues usw. ²⁾.

CDU: „Dabei ist es unerlässlich, schon um für alle Zeiten die Staatsgewalt vor illegitimen Einflüssen wirtschaftlicher Machtzusammenballungen zu sichern, daß die Bodenschätze in Staatsbesitz übergehen. Der Bergbau und andere monopolartige Schlüsselunternehmungen unsres Wirtschaftslebens müssen klar der Staatsgewalt unterworfen werden ...“ usw. ³⁾.

Selbst in den Aufrufen der Liberal-Demokraten und der Freien Demokraten wird die von den anderen Parteien geforderte Vergesellschaftung wesentlicher Produktionszweige trotz der Forderung auf eine im übrigen „freie“ Wirtschaft nicht bestritten. Wenn ein überwiegendes Interesse des Gesamtwohles dies gebiete, sei die Unterstellung von Unternehmungen unter die öffentliche Kontrolle gerechtfertigt. Dies gelte auch für landwirtschaftliche Betriebe einer übertriebenen Größenordnung, heißt es z. B. im Aufruf der Liberal-Demokraten ⁴⁾.

Die Lage im Jahre 1959

Unmittelbar nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches hatten sich also offenbar alle Parteien mit einer mehr oder weniger dem sozialistischen Modell angepaßten Neuordnung vor allem der ökonomischen Verhältnisse im Nachkriegsdeutschland abgefunden. Im Jahre 1959 wissen wir, daß von den damaligen Vorstellungen einer linksgerichteten Demokratie in beiden Teilen Deutschlands wenig realisiert wurde. Die dem sowjetischen Modell angepaßten Strukturveränderungen in der sogenannten DDR sind infolge ihres hierarchischen Führungsprinzips unpopulär; infolgedessen besitzen sie keinerlei Ausstrahlungsvermögen auf die sehr weitgehend dem amerikanischen Modell angeglichenen Verhältnisse in der Bundesrepublik. Bei uns erhebt sich als soziologische Kernfrage, wie der Mensch im Massenzeitalter — nach Ansicht hervorragender Wissenschaftler auch im Westen eingespant in die Herrschaft sekundärer Machtsysteme — mit sich selbst und seinen Mitmenschen fertig wird. Intuition, Phantasie und schöpferisches Denken der Staatsbürger werden von zentral gelenkten Propaganda- und Publikationsmaschinen schier erdrückt. Die Menschen im scheinbar demokratischen Westen sind im Daseinsgefühl, im Wertbewußtsein, in der Sphäre des Idealen nicht mehr zu Hause. Ihre Geistigkeit begründet sich zwar scheinbar im Rationalen, allerdings in einer „Vernunft“, die bei näherer Betrachtung in unvorstellbarem Umfang metaphysische Elemente in sich aufgenommen hat.

1) Dokumente der Deutschen Politik und Gesuchte, Verlag Giersch u. Co., S. 15. — Wolfgang Leonhard: Die Revolution entläßt ihre Kinder, Büchergilde Gutenberg, S. 393 — 400.

2) Dr. Karl Mahler: Die Programme der politischen Parteien im neuen Deutschland, Berlin 1945.

3) Dokumente der Deutschen Politik und Geschichte, S. 20/21.

4) Ebenda, S. 23.

Angesichts der politischen Wirklichkeit der Bundesrepublik bedarf dieser letzte Satz kaum einer näheren Begründung.

Kurz gesagt: Aus dem Mangel einer die ganze Weite und Tiefe des geistigen Kosmos umfassenden Idee, wie sie im 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts in der Idee des Sozialismus bestand, wird die Unsicherheit, die Labilität des menschlichen Charakters zum entscheidenden Zeichen des Weltbildes unserer Zeit. Als höchste Autorität gilt neben dem in der Bundesrepublik immer noch aktuellen Glauben an eine „starke“ Staatsführung die Technik bzw. exakte Naturwissenschaft. Ebenso wie vor etwa 100 Jahren die *Marx*-sche Dialektik die technische Wissenschaft und Forschung in starkem Maße beflügelte, so gehen heute von der Wissenschaft starke Impulse auf das politische Leben der Nationen aus. Somit sind die sowjetischen Erfolge auf dem Gebiet der Raketentechnik ein nicht zu übersehendes Politikum, dessen Auswirkungen auf die intellektuellen Schichten im Westen noch kaum zu überblicken sind. Die breite Masse nimmt in der heutigen Situation ohnehin keinen Anstoß daran, dem Gelehrten nicht nur für sein eigenes Sachgebiet, sondern für entscheidende Lebensfragen das Mitspracherecht zuzuerkennen. Die traditionell „linken“ Schichten, wie etwa die in den Gewerkschaften zusammengefaßten Arbeitnehmer, verlangen von den Wissenschaftlern — also der neuen, politisch aktiv gewordenen Führungsschicht —, daß deren Bemühungen darauf gerichtet sein sollen, den benachteiligten Gruppen der heutigen Gesellschaft „Sicherheit und Wohlstand“ — die erklärten Lebensziele der Massen — zu garantieren. Das sichtbare politische Erwachen der Wissenschaftler, das vom Aufruf der *Göttinger Achtzehn* gegen die Atomgefahren bis weit in das Gebiet der Theologie, etwa bis zum kompromißlosen Pazifismus von Kirchenpräsident *Martin Niemöller* reicht, hat der leider nicht einheitlich formierten deutschen Linken in den letzten Jahren bestimmt nicht zum Nachteil gereicht.

Die Ballastabwerfer

Hier erhebt sich die Frage, was man heute in der Bundesrepublik überhaupt noch als „links“ im oben definierten Sinne bezeichnen kann. Die traditionelle politische Bewegung der deutschen Linken war und ist die Sozialdemokratie. Jedoch ist die SPD angesichts der unbestreitbaren wirtschaftlichen Erfolge ihrer politischen Gegner seit einigen Jahren von dem Alpdruck verfolgt, möglichst viel programmatischen „Ballast“ abwerfen zu müssen, ohne überhaupt noch die Frage der grundsätzlichen Umwandlung der in Westdeutschland bestehenden kapitalistischen Klassengesellschaft prinzipiell anzugehen. *Marx, Engels, Kautsky, Hilferding* und andere sozialistische Ökonomen und Soziologen erhalten somit von den neuen Theoretikern eine Absage für ihren augenscheinlichen „Irrtum“, daß die menschliche Verhaltensweise weitgehend durch die Verhältnisse im wirtschaftlichen Bereich bestimmt und geleitet wird.

Zu solchen Schlüssen kann man um so leichter kommen, weil sicher ist, daß im Gegensatz zu der Zeit etwa vor dem ersten Weltkrieg die Mitgliedschaft und auch, die meisten Anhänger der SPD sich niemals mit politischer Theorie befassen und infolgedessen zu den Gegenwartsfragen keine fundierte Meinung haben.

Die SPD — wenigstens was die Ergebnisse ihrer letzten Parteitage betrifft — glaubt, diese Gesellschaft mit Hilfe eines sozialpolitischen Werkzeugkastens reparieren zu können, eine Gesellschaft, die 1914 und 1933 einen mörderischen und seit der Erfindung der Atombombe einen immer mehr selbstmörderischen Charakter angenommen hat. Das an sich sicherlich redliche Bemühen der westdeutschen Theoretiker des Sozialismus neuer Prägung scheint weniger darauf gerichtet zu sein, angesichts der besonderen Lage des gespaltenen Landes aus den Beständen sozialistischer Erkenntnistheorie einige gültige Prinzipien zu entwickeln, sondern es geht vielmehr um ein sofort praktikables Regierungs- und Aktionsprogramm, wenn es der SPD einmal gelänge, die Herrschaft der CDU zu brechen. Es liegt natürlich auch nahe, daß vor allem die bisherige sozialistische Wirtschaftsauffassung mit

ihrer Forderung auf weitgehendes Gemeineigentum ganz einfach aus der Furcht aufgegeben wurde, man könne Sozialdemokraten und Kommunisten in einen Topf werfen. (Es ist allerdings nicht zu erwarten, daß die herrschenden Schichten jemals eine ihrer beliebtesten Propagandaformeln gegen die Sozialdemokratie nur deshalb aufgeben werden, weil sich die SPD „liberal“ zu mausern versucht.) Die tatsächlich vorhandene Furcht bei vielen Funktionären der Arbeiterbewegung, als „kommunistisch“ infiziert zu gelten, nur weil sie einige ihrer bewährten Grundsätze nicht aufgeben wollen, trägt viel zur Schwächung der Aktionskraft der „Linken“ bei.

In Wirklichkeit kann es zwischen demokratischem Sozialismus und dem bolschewistischen Kommunismus schon deshalb keine Übereinstimmung geben, weil sogar in der Theorie nachzuweisen ist, daß im Ostblock die Lehren von *Marx* und *Engels* auf eine gewiß grandiose, aber um so verwerflichere Art völlig auf den Kopf gestellt wurden. Wieviel Trost und kämpferischen Rückhalt könnten aber unsere Funktionäre finden, wenn sie sich — wie einst ihre Vorgänger — intensiv unter Anleitung geeigneter Lehrer mit den wirklichen geistigen Vätern des modernen Sozialismus beschäftigen würden!

Wie viele gibt es bei uns, die sich der gegebenen Wirtschaftsordnung nur aus dem Zwang unterordnen, weil sie sich infolge von Schuldenkäufen nicht mehr frei fühlen und deshalb auf die staatlich verordnete Einheitsdoktrin, das Märchen von der „sozialen“ Marktwirtschaft, einschwenken. Dr. *Heinrich Deist*, derzeitiger Wirtschaftsexperte der SPD, sagte auf deren Stuttgarter Parteitag wörtlich: „Umfangreiche Sozialisierungskataloge sind für eine Partei, von der der Nachweis erwartet ist, daß sie eine praktische Wirtschaftspolitik zu treiben in der Lage ist, keine brauchbaren Mittel der Politik.“ Ein brauchbares Mittel der Politik dürfte trotzdem eine echte Diskussion um die Eigentumsfrage in der kapitalistischen Gesellschaft sein, einer Frage, der man wohl für eine Zeit, aber nicht auf die Dauer ausweichen kann, denn hierin läge gleichzeitig auch die wohl einzige Möglichkeit, die gegensätzlichen Wirtschafts- und Sozialsysteme von Ost und West — auf friedliche Weise — anzunähern.

Gewerkschaften sollten Prinzipien verteidigen

Die Auffassung von Dr. Deist stand bisher im spürbaren Widerspruch zu Aussagen führender Gewerkschafter, die sich im wesentlichen noch auf die von *Hans Böckler* auf dem DGB-Gründungskongreß in München 1949 vorgetragenen wirtschaftspolitischen Leitsätze beriefen⁵). Als zum Beispiel in Beachtung dieser Leitsätze *Otto Brenner*, Vorsitzender der IG Metall, angesichts des die Gewerkschaftsrechte zu einer Farce herabwürdigenden Verhaltens der Schwerindustrie und der Justiz Kritik übte und im Namen von Millionen Arbeitnehmern Gemeinwirtschaft nicht nur für den Bergbau, sondern auch für die übrigen Bereiche der Grundstoffindustrie forderte, äußerte sich fast zur gleichen Zeit SPD-Vorsitzender *Ollenhauer*, daß alles Gerede auf Vergesellschaftung über den Bereich des Bergbaus hinaus nicht den heutigen Erkenntnissen der SPD entspräche. Und das in einer Zeit, wo die neue technologische Revolution dahin tendiert, auch noch Handel, Handwerk, Landwirtschaft und Bürobetrieb rücksichtslos zu industrialisieren und damit in Abhängigkeit von den wenigen Familien zu bringen, die heute wie früher den Kapitalmarkt beherrschen. Wenn sich selbst eine Gruppe wie die Vereinigung Selbständiger Unternehmer der Bundesrepublik gegen die immer deutlicher werdende Vormacht des Großkapitals wendet, dann sollte von Vertretern der Linken nicht so getan werden, als ob unsere soziale Grundordnung unantastbar sei.

So gesehen, stellen heute die Gewerkschaften den „linken“ Flügel der Arbeitnehmerbewegung dar. Zu ihnen gesellen sich in immer stärkerem Maße fortschrittliche Männer und Frauen aus Wissenschaft, Forschung und anderen intellektuellen Bereichen. Dazu gehören auch alle diejenigen, welche der Ansicht sind, daß der sogenannte freie Westen

5) Gründungskongreß des DGB, Protokoll, S. 201.

gegenüber dem Verzweiflungskommunismus der unterentwickelten Gebiete nur durch eine sozialistische Alternative als einer lebendigen dritten Kraft zu retten ist. Dazu gehören nicht zuletzt auch alle überzeugten Christen, welche im Geiste der großen katholischen und evangelischen Sozialreformer weiterzuwirken gedenken.

Die neue Linke gilt es politisch zu aktivieren. Den Anhängern muß das notwendige Handwerkszeug geliefert werden. Dazu gehört in erster Linie eine saubere Analyse der gegenwärtigen Gesellschaft, um klar aufzuzeigen, wie sehr heute wie vor hundert Jahren wirtschaftliche Macht politische Macht bedeutet und wie groß die Unterschiede zwischen den einzelnen Klassen dieser Gesellschaft auch im Westen nach wie vor sind. Mit der Vermittlung dieser Analyse sollte die Erkenntnis wachsen, daß der Kampf um eine bessere Zukunft nicht gewonnen werden kann mit einer kläglichen Anpassung der politischen Vorstellungen der Linken an ein System, das offenbar dabei ist, die letzten Vorteile einer freiheitlichen Lebensauffassung an den ständig sicherer auftretenden östlichen Kommunismus zu verspielen. Jedoch muß die Linke konkret sagen, was sie will. Es hätte wenig Sinn, Machtansprüche in Staat und Gesellschaft anzumelden, wenn sozialistische Manager in Wirtschaft, Politik und Kultur genauso erbarmungslos und intolerant handeln würden wie ihre kapitalistischen Vorgänger. Ihr Denken und Handeln muß geformt sein vom Geist der großen humanitären Denker und Philosophen, welche im vergangenen und zu Beginn dieses Jahrhunderts das Rüstzeug zum Bestehen einer gewaltigen, aber unvermeidlichen Auseinandersetzung lieferten.

Man mag diese Zeilen als Ansicht eines „terrible simplificateur“ — je nach Standort — betrachten. Es ist jedoch spürbar, daß selbst in der Bundesrepublik die Zeit sozialer Auseinandersetzungen größeren Stils heranreift. Mögen alle diejenigen, welche sich bisher auf den sanften und öligen Wellen des vermeintlichen Wirtschaftswunders gedankenlos treiben ließen, rechtzeitig erkennen, wohin sie gehören.